

6. August: Mahnendes Gedenken an Hiroshima und Nagasaki vor 77 Jahren

Eskalationsgefahr beim Ukrainekrieg bannen – aus Kriegslogik aussteigen – nukleare Teilhabe beenden – Atomwaffenverbot unterzeichnen!

Joachim Guilliard, Redebeitrag auf der Kundgebung am 6.8.2022 in Heidelberg

Wir stehen heute hier um an die Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki vor 77 Jahren zu erinnern. Am 6. August 1945 wurde zum ersten Mal eine Atombombe auf eine Stadt abgeworfen. An diesem Gedenktag wird daher weltweit Jahr für Jahr an dieses entsetzliche Verbrechen gedacht und die Abschaffung dieser fürchterlichen Waffen gefordert.

Die von US-Piloten in den letzten Kriegstagen, überwiegend als Machdemonstration, abgeworfenen Bomben verwandelten die beiden japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki in lodernde Höllen. Über 65.000 Menschen verbrannten auf der Stelle, 200.000 weitere starben in den folgenden Monaten, unzählige weitere an den Spätfolgen

Heute haben die Atommächte mehr als 13.000 einsatzfähige Nuklearwaffen angehäuft, die meisten mit einem Vielfachen der Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Die meisten davon unterhalten die USA und Russland. Diese Arsenale bedrohen nicht nur die Menschen in den Ländern, die in Kriege verwickelt werden, sondern letztlich das Überleben der gesamten Menschheit.

Die Gefährlichkeit dieser Waffen ist im Grunde hinlänglich bekannt, muss nicht lange darüber auslassen. Die Bereithaltung solcher Waffen für ihren Einsatz ist Wahnsinn, ein Wahnsinn an dem D. durchaus aktiv beteiligt ist – auch wenn man bei Reden unserer Regierungspolitiker einen anderen Eindruck gewinnen könnte. Zum einen durch die Mitgliedschaft in der NATO, einem Kriegsbündnis beteiligt, das den Einsatz von Atomwaffen in bestimmten Fällen vorsieht und ganz direkt durch die sog. „Nukleare Teilhabe“, das heißt durch die Bereitstellung von Bombern und Bundeswehr-Piloten, die fähig sind – und auch dafür trainiert werden – die in im rheinland-pfälzischen Büchel liegenden US-Atombomben auf Ziele im Osten Europas und jenseits des Urals abzuwerfen.

Atomwaffen blieben auch nach dem Kalten Krieg weiterhin eine stete Bedrohung, und durch die Aufkündigungen von Rüstungsbeschränkungsabkommen durch die USA ist sie seither auch schon wieder gewachsen. Mit der Ausweitung des russischen Krieges in der Ukraine stieg die Gefahr eines Atomwaffeneinsatz in Europa jedoch noch einmal enorm.

Durch die Lieferung immer mehr und immer schwerer, weitreichender Waffen sind die Nato-Staaten immer stärker militärisch in den Krieg eingestiegen. Einen Krieg der u.a. auch von einer neuen Abteilung der US-Kommandozentrale in Stuttgart, dem EUCOM gesteuert wird. Es ist ein Krieg, der längst zum Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland wurde, militärisch ist er noch begrenzt, er wird jedoch von einem Wirtschaftskrieg flankiert, der weltweit geführt wird. Ein Krieg bei dem sich Atommächte gegenüber stehen.

Dem Westen geht es dabei nicht nur um Unterstützung für Kiew, sondern, wie es unsere olivgrüne Außenministerin ausdrückte, darum „Russland zu ruinieren“

Die ukrainischen Truppen können gegen die russische Armee nicht gewinnen, aber sie, so das Kalkül in den westl. Hauptstädten, vielleicht auf Dauer zermürben und Russland so als Ganzes entscheidend schwächen. Die Folge werden immer mehr Tode und immer mehr Zerstörung sein. Dies ist nicht nur absolut rücksichts- und verantwortungslos gegenüber der ukrainischen Bevölkerung, die nicht gefragt wird, ob sie tatsächlich einen solchen Krieg führen will, für die Option der NATO-Mitgliedschaft oder Rückeroberung von Krim und Donbass, es ist auch rücksichtslos gegenüber dem Rest der Welt, wo Krieg und Wirtschaftsblockaden zu Preisexplosionen führen und die Versorgungsmängel bei Energie, Nahrungs- und Düngemitteln verschärfen. In Afrika zeichnen sich schon jetzt gewaltige Hungerkatastrophen ab.

Dazu kommt, dass ein langer Zermübungskrieg in der Ukraine – in Washington hofft man ja schon zynisch auf ein Afghanistanszenario – stets die Gefahr der Ausweitung in einen größeren beinhaltet, die Gefahr einer nicht mehr begrenzbaren Eskalation, bei der ein Atomwaffeneinsatz nicht mehr ausgeschlossen ist – und sei es aus Versehen.

Dies allein sollte Grund genug sein, alles zu tun, den Krieg zu stoppen. An konstruktiven Vorschlägen wie ein erfolgversprechender Verhandlungsprozess aussehen könnte, mangelt es nicht, u.a. hat auch die italienische Regierung einen vorgelegt. Er wurde aber von den Partnern in EU und NATO schlicht ignoriert. Ende März waren die russischen Forderungen und die Vorschläge Kiews gar nicht so weit entfernt, Washington und London haben den ukr. Präsidenten zurückgepiffen. Auch die Bundesregierung stellt sich gegen Kompromisslösungen, „Diktatfrieden“ wie sie Kanzler Scholz abwehrend nennt.

Dieser Kurs wird von einer breiten Mehrheit im Parlament und der Medien getragen und selbst von führenden sogenannten Friedensforschungsinstituten unterstützt.

Es sind aktuell eher führende Militärs die zur Deeskalation aufrufen, wie Ex-General und Merkel-Berater Erich Vad, der immer wieder betont, dass man jeden Konflikt vom Ende her denken müsse: Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, so Vad, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.

So empörend der russische Krieg auch ist, ohne substantielle Verhandlungsangebote bzgl. ukrainischer Neutralität, der Krim, Stationierung von Truppen und Raketen in Osteuropa und Ähnlichem wird man ihn nicht stoppen. Das Abkommen über Getreidelieferungen könnte Vorbild für andere sein, mit denen Kampfhandlungen schrittweise eingedämmt werden könnte auf dem Weg zu umfassenden Friedensverhandlungen.

Wir fordern Berlin und Brüssel daher auf, aus der Kriegslogik auszusteigen und sich endlich ernsthaft um Verhandlungen bemühen

Wir fordern die Bundesregierung zudem auf – nicht nur heute am Gedenktag jegliche Beteiligung und implizite Befürwortung von Atombewaffnung zu beenden.

Atomwaffen müssen geächtet werden. Wir verlangen daher, dass Deutschland unverzüglich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.

Wir fordern die sofortige Beendigung der „Nukleare Teilhabe“.

Und damit natürlich auch eine klare Absage an die geplante Beschaffung der dafür vorgesehenen atomwaffenfähigen F35-Bomber.

Selbstverständlich protestieren wir auch gegen die geplante nahezu Verdopplung der Rüstungsausgaben. Das Rüstungspaket in Höhe von 100 Milliarden, quasi eine Neuauflage von Kriegskrediten ist diametral gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet.

Wir fordern diese Milliarden in die Bereiche zu investieren, wo sie dringen benötigt werden für Bildung, Gesundheit, Soziales, Klima- und Umweltschutz.